Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 25 (2005)

Heft: 48

Artikel: Der Hinterhof der Europäischen Union : Gewinner und Verlierer der Osterweiterung

Autor: Hofbauer, Hannes

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651991

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hannes Hofbauer

Der Hinterhof der Europäischen Union

Gewinner und Verlierer der Osterweiterung

Mittlerweile hat es sich wohl bereits herumgesprochen: Die Osterweiterung der Europäischen Union ist kein Hilfs- und Entwicklungsprojekt für darbende Brüder und Schwestern im Osten des Kontinents, die 50 Jahre Realsozialismus sozial zu kurz haben kommen lassen und die nun von ihren Geschwistern im Westen Kompensation für erlittenen Demokratiemangel erhalten. Die Osterweiterung der EU ist für Brüssel vielmehr das politische Mittel, ökonomische Verwertung rechtlich abzusichern und sie in einem zweiten Schritt militärisch zu decken. Auf diese Kurzformel kann die Durchsetzung des „Acquis communautaire", wie das bürgerliche Steuer- und Rechtssystem auf neudeutsch heißt, gebracht werden. Mit der Unterschrift unter die 31 Kapitel dieses bis ins kleinste ausformulierten Vertrages, der die vier sogenannten kapitalistischen Freiheiten (Kapital, Waren, Dienstleistungen, Arbeitskraft) in Gesetzesform gießt, haben die zehn neuen Mitgliedsländer ab ihrem offiziellen Beitritt am 1. Mai 2004 den EU-europäischen Großkonzernen Investitionsschutz für alle Zeiten gewährt.

So verhältnismäßig wenig Hilfe, wie die vergrößerte deutsche Bundesrepublik anläßlich ihrer – übrigens einzigen auf nationaler Grundlage stattgefunden habenden – Erweiterung in den 1990er Jahren den fünf neuen Ländern zukommen ließ, so wenig plant die Europäische Union mittel- und osteuropäischen Regionen zu helfen. Und noch viel weniger. In Zahlen wird deutlich, wieviel teurer Bonn und später Berlin seine Neubürger in der Ex-DDR waren als Brüssel die seinigen im Osten. Während in den Jahren 1991 bis 1995 Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger der BRD zum „Aufbau Ost" umgerechnet 450 Mrd. Euro beigesteuert haben, um 16 Millionen Ostdeutsche in das BRD-System zu integrieren[1], veranschlagte die gesamte Europäische Union für die Jahre 2004 bis 2006 bloss 38,5 Mrd. Euro[2], um 75 Millionen Menschen – wie es heißt – „nach Europa heimzuholen". Stellt man diese beiden Zahlen einander gegenüber und nimmt für einmal ernst, was Kommission und Rat behaupten, nämlich, daß die Osterweiterung eine Hilfestellung für die Menschen in den Ex-RGW-Ländern sei, dann würde sich der monetarisierte Wert eines integrierten Ostdeutschen pro Jahr auf 5625 Euro festlegen lassen. Ein nichtdeutscher Osteuropäer, dem Brüssel den Weg in die Europäische Union legt, würde demgegenüber nur 177 Euro an Kosten verursachen. Oder anders gesagt: Deutschland war die Heimholung seiner Volksbrüder und -schwestern 32 mal so viel wert wie die Integration von Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Slowenen und Balten in die Europäische Union.

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union ist es gelungen, die neoliberale Hegemonie, die spätestens seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in den (west)europäischen Metropolen auch den Diskurs immer mehr bestimmte, in die Tat umzusetzen. Schon das Erweiterungsdatum des 1. Mai (2004) zeigt, daß es dem größten europäischen Expansionsprojekt seit 1938/1939 gelungen ist, mit seiner Geburtsstunde ein symbolträchtiges Datum zu besetzen. Aus dem Feiertag der Arbeiterklasse, der über ein Jahrhundert lang dem Kampf der Proletarier um ihre Rechte bzw. der Erinnerung an diesen Kampf gewidmet war, ist 2004 ein Jubeltag des expansionshungrigen Kapitals und seiner bürgerlichen Gewinner geworden.

Doch die Hegemonie des neoliberalen Diskurses geht weit über Symbolisches hinaus. Die Erweiterung ist nicht bloß das Ziel akkumulationsfreudiger Konzerne auf der Suche nach einem homogeneren und größeren Markt, sie ist zum Mittel schlechthin geworden. Für die nächsten Jahrzehnte scheint Europa eine permanente Expansion bevorzustehen. Für die Europäische Union bedeutet dies konkret, daß nach der Erweiterung um die zehn neuen Länder im Mai 2004 mit Bulgarien und Rumänien Anfang 2007 (oder für Rumänien ev. 2008) zwei weitere Kandidaten der Brüsseler Union beitreten werden. Zudem steht Kroatien unmittelbar vor Übernahmegesprächen, mit der Türkei soll konkret verhandelt werden, Serbien und Montenegro unternehmen unter EU-Anleitung erste Schritte sozialer und wirtschaftlicher Deregulierung sowie steuerlicher Anpassung an bzw. unter die EU-Normen, und die neue Elite in der Ukraine erwartet sich für ihren Westkurs ebenfalls Belohnungen aus Brüssel.

Damit ist der Europäischen Union ein geniales System ständiger Expansion gelungen, die Absatzmarktvergrößerungen für die größten der global players garantiert und gleichzeitig Arbeitsmärkte spaltet und dereguliert. Bei Lohndifferenzen, die zwischen Deutschland und Ungarn gegenwärtig 4:1 betragen und zwischen Deutschland und der Ukraine 30:1[3], kann man sich die Dimension der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichzeitigkeiten und Ungleichheiten, die den post-sozialpartnerschaftlichen Kapitalismus des beginnenden 21. Jahrhunderts bestimmen, vorstellen.

Die Debatte, ob und inwieweit die Osterweiterung der Europäischen Union kolonialistische bzw. imperialistische Züge trägt, wird auch in der Linken nur zaghaft geführt. Jörg Huffschmid[4] bezieht sich auf den Verfassungsentwurf der EU, wenn er von einem „klassischen imperialistischen Muster" schreibt. In bezug auf die Expansionsstrategie der EU beschäftigt sich die kritische Wissenschaft eher mit der Frage, inwieweit die Erweiterung Brüssel gegenüber den USA stärken[5] bzw. schwächen[6] wird.

Wir wollen uns hier in erster Linie den ökonomischen und sozialen Folgen der EU-Erweiterung zuwenden. Die permanente Expansion dient – vermeintlich – zur Lösung kapitalistischer Strukturprobleme. Im Kern geht es um eine Überproduktionskrise, die in den 1980er Jahren durch technische Rationalisierungen gelöst hätte werden sollen und die die

Führer der weltbestimmenden wirtschaftlichen Organisationen nach dem Zusammenbruch des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) durch ökonomische Expansion in den Griff bekommen wollen. Die Herausforderung kommt, was die Produktivität angeht, aus Ostasien, aus China, wo im größten Markt der Welt unter sensationellen Akkumulationsbedingungen eine Beschleunigung stattfindet, der die USA und das deutsch geführte und französisch mitbetriebene Kerneuropa nichts als Expansion entgegenzusetzen haben. China gibt – wie schon bis weit ins 18. Jahrhundert hinein[7] – die neuen Spielregeln der Akkumulation vor: billigste Produktionsbedingungen, gigantische Absatzmöglichkeiten und eine politische Kontrolle dieser „ursprünglichen" Akkumulation durch eine Partei, deren Rhetorik praktischerweise gleichzeitig eine „sozialistische" bleibt. Als Reaktion auf diese historische Herausforderung betreiben die USA eine große Erweiterung im Mittleren Osten, während die EU vor allem mit der kleinen Expansion in Osteuropa beschäftigt ist.

Der neoliberale Druck: Lohn- und Sozialdumping aus Osteuropa

In EU-Europa garantiert diese zur permanenten Expansion gewordene Elitenpolitik einen ständigen Reformdruck in den westeuropäischen Staaten: Kürzungen von Staatsausgaben in sozialen Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Arbeitslosenversicherung und Renten. Dies betrifft sowohl die Länder der Alt-EU als auch die neuen Mitglieder, deren ‚Reform-Eifer in der Transformationsphase der Zerschlagung staatlicher Strukturen ideologisch gestählt worden ist. In Osteuropa orientierten sich die nach dem Rückzug des staatssozialistischen Regimes zaghaft aufgebauten Renten- und Arbeitslosenversicherungen sowie das Gesundheitswesen am liberal-konservativen, US-amerikanischen Vorbild. Das sozialpartnerschaftliche Gesellschaftsbild, wie es im nördlichen Kern Westeuropas seit den späten 1960er Jahren gebräuchlich war, um soziale Spannungen zu entschärfen, verlor an Boden. Staatliche Renten- und Sozialversicherungen stellen in Osteuropa nach der Wende, die nicht-monetäre staatliche und betriebliche Sozialtransfers beseitigt hatte, ohnedies nur mehr eines von mehreren Standbeinen dar, die das Überleben nach der Pensionierung oder die Gesundheitsversorgung ermöglichen sollen. In Ländern wie Polen und der Slowakei, die mit Arbeitslosenraten von 19 bzw. 18 Prozent konfrontiert sind, reicht zudem der budgetäre Spielraum nicht aus, Versicherungen für Lohnarbeitsplatzverluste adäquat zu finanzieren. Stellt man zusätzlich in Rechnung, daß in Warschau und Budapest bei nationalen Budgetverhandlungen de facto der Internationale Währungsfonds (IWF) mit am Tisch sitzt, kann von selbständiger Wirtschafts- und Sozialpolitik, kann von selbständiger Politik ganz generell nicht mehr die Rede sein.

Die Auslandsverschuldungen von 94 Mrd. Euro für Polen bzw. 53 Mrd. Euro[8] für Ungarn gehören pro Kopf gerechnet zu den höchsten der Welt.

Länder wie Bulgarien und Bosnien-Herzegowina mussten bzw. müssen de jure über einen sogenannten „currency board", einer nicht vom Parlament kontrollierten Einrichtung, den Vorgaben des IWF nachgeben. Dieser verfolgt eine wenig bis nicht flexible monetaristische Politik, die sich hauptsächlich an den Interessen und Begehrlichkeiten ausländischer Investoren orientiert, womit sich der Kreis von Überproduktionskrise und Investitionsschutz wiederum schließt.

Längst sind die neuen EU-Mitgliedsländer nicht nur im Sozialbereich Vorreiter neoliberaler Sparprogramme in Europa geworden, die die Administrationen der Alt-EU vor sich hertreiben. Auch bei der Steuergesetzgebung kommt der anti-soziale Druck aus Osteuropa. Im Zuge der Übernahme des „Acquis communautaire" wurde zuerst unter Anleitung aus Brüssel jeder Beitrittskandidat zur Einführung hoher Massensteuern gezwungen. Die Mehrwertsteuer, eine nicht-progressive Abgabe auf Konsum, war unter dem sogenannten Kommunismus unbekannt. Im Zuge der Transformation und erster Willensbekundungen der postkommunistischen Eliten, der Europäischen Union beitreten zu wollen, stand die Einführung der Mehrwertsteuer substantiell für das neue soziale Unverständnis. Dort, wo sich – wie in der Slowakei bis 1998 – soziales Gewissen auch nach der Wende, wenn auch oft in national verbrämter Form, regte, erhöhte Brüssel den Druck, auch was die Frage der Massensteuern betraf. In der Slowakei bestand der in der liberalen Presse vielgeschmähte Vladimir Meciar zumindest noch darauf, die Mehrwertsteuer so gut es ging nicht als Mittel des Klassenkampfes von oben einzusetzen, indem er Güter des täglichen Bedarfs mit einer reduzierten Abgabe von 10 Prozent belegte und gleichzeitig für Luxusgüter den Mehrwertsteuersatz von 23 Prozent einführte. Erst nach seiner politischen Niederlage hatte die Europäische Union bei der liberal-konservativen Regierung Dzurinda mehr Erfolg. Noch vor dem EU-Beitritt musste der niedrige Mehrwertsteuersatz auf 14 Prozent hinauf- und der hohe auf 20 Prozent heruntergeschraubt werden. Der damalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi sowie sein Erweiterungskommissar Günter Verheugen riefen im Vorfeld der slowakischen Parlamentswahlen im September 2002 persönlich den Souverän dazu auf, der „Bewegung für eine demokratische Slowakei" (HZDS) des Vladimir Meciar nicht seine Stimme zu geben. Die dann gewählte konservativ-liberale Regierung dankte der Unterstützung aus Brüssel mit der Verordnung des radikalsten Sparpaketes nach dem polnischen Balczerowicz-Plan und einer Privatisierungswelle, die ab 1. Januar 2003 die verbliebenen Kernbetriebe der Slowakei an ausländische Investoren verkaufte.

Ein Jahr später führte Bratislava dann mit der sogenannten Flat tax EU-Europa in eine neue liberale Dimension. Die 19-prozentige Steuer auf Unternehmensgewinne, Einkommen und Konsum kennt – bei völliger Abschaffung einer Besteuerung von Grund und Boden sowie Erbschaft – keinerlei soziale Progression mehr. Rumänien hat am 1. Januar 2005

mit einer 16-prozentigen Flat tax dies noch unterboten. Die alte EU mit ihren sozialen Verpflichtungen steht seitdem mächtig unter Druck. Erste Steuersenkungen für Unternehmen – z.B. in Österreich – zeigen bereits die Wirkung einer nicht-harmonisierten Steuerpolitik auf EU-Ebene.

Der neoliberale Druck aus dem Osten macht sich jedoch auch in der fortgesetzten Deregulierung des Arbeitsmarktes in Kerneuropa bemerkbar. So weist beispielsweise in Österreich die Statistik eine Abwärtsspirale im Lohnniveau nach. Zwischen 2000 und 2004 mußten arbeitende Frauen Reallohneinbußen von 11 Prozent hinnehmen[9]; auch bei Männern gab es – außer bei Beamten, die allerdings nur mehr im Justiz- und Exekutivbereich neu eingestellt werden – keine Zuwächse. Dramatisch wirken sich die niedrigen Lohnniveaus in Osteuropa auf alle Arbeitsmärkte in Europa aus. Zuvorderst ist bemerkenswert, daß Brüssel – anders als auf dem harmonisierten Absatzmarkt – keine Harmonisierungen auf dem Arbeitsmarkt anstrebt. Im Gegenteil: Die Spaltungen sowohl bei den Arbeitsmärkten wie in der Lohnstruktur sind längst nicht mehr nur national. Saisonarbeiterregelungen, die Erwerbsberechtigungen auf maximal zwei Mal ein halbes Jahr (minus einen Tag) wie in Österreich beschränken, stehen quotierte Lohnarbeiterimporte für ausgewählte Branchen (z.B. Green-Card-Gesetze) gegenüber. Dazu kommt durch den Aufschub der sogenannten Arbeitnehmerfreizügigkeit auf bis zu sieben Jahre nach dem EU-Beitritt ein unübersehbarer Mix aus legalen, halblegalen und illegalen Beschäftigungen osteuropäischer Arbeiter und Arbeiterinnen in Westeuropa, der nicht einmal mehr für Fachleute durchschaubar ist. Die Folge: ein vielfach geteilter Arbeitsmarkt, der eine rasante Lohnentwicklung nach unten bewirkt.[10] Im deutschen Hartz IV-Plan für Arbeitslose wird die Deregulierung des Arbeitsmarktes zum staatlichen Konzept einer Sozialpolitik erhoben – sicherlich kein Schlußpunkt unter eine Entwicklung, die mit dem fordistischen Beteiligungsmodell der Lohnarbeiter am Akkumulationsprozess aufgeräumt hat.

Die Peripherisierung des Ostens

Der Expansion Westeuropas ging der Zusammenbruch von Politik und Wirtschaft im Osten voraus. Inwieweit dieser mit der NATO-Aufrüstungsstrategie der „flexible response" der frühen 1980er Jahre zu tun hatte, die letztlich zu einem Totrüsten der Sowjetunion und dem vorausgehend einer langfristigen Kapitalbindung an den unproduktiven Bereich des militärisch-industriellen Komplexes führte, ist an dieser Stelle nicht das Thema. Die innere Krise des sowjetischen Systems, das mit dem Fall des Außenhandelsmonopols am 1. Juli 1988[11] sein politisches Primat abgab, wußten Banken und Konzerne aus dem Westen rasch für sich zu nutzen. Mit der Auflösung der drei multiethnisch verfaßten Republiken (Sowjetunion, Tschechoslowakei und Jugoslawien), die von Brüssel (und auch den USA, wenngleich mit unterschiedlicher Prioritätensetzung) unterstützt wurde, standen in der

beginnenden Transformationszeit nur mehr schwache Administrationen im Osten dem Integrationssog aus Westeuropa gegenüber. Das führte dazu, daß immerhin sieben der zehn neuen EU-Mitglieder (Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Griechisch-Zypern) als territoriale Zerfallsprodukte bzw. territorial ungeklärte Staatlichkeiten ins Brüsseler Projekt aufgenommen wurden. Nur in Polen, Ungarn und Malta sind in den vergangenen 15 Jahren lokale Politiker an der Macht gewesen, die aus ihrer Schulzeit Landesgeschichte zumindest als territoriale Traditionsgeschichte – wenn auch nicht als gesellschaftliche – gekannt haben. Die nicht einmal territorial gefestigte, diesen Mangel teilweise mit nationalistischen Parolen kompensierende neue Elite zeigt die ganze Schwäche osteuropäischer Politik gegenüber den Interessen Brüssels.

Um periphere Integration in die suprastaatlichen Strukturen der EU herstellen zu können, wurde also politisch nationalisiert und wirtschaftlich privatisiert.[12] Dies war möglich mit dem weitgehenden Konsens der Eliten Osteuropas. Ausnahmen in der Zeit zwischen 1991 und 1998/2000 führten dazu, daß rumänische, slowakische, serbische und teilweise auch slowenische Führer von westeuropäischen Politikern und Medien als nationalistisch bzw. kommunistisch, oder wie es die Neue Zürcher Zeitung ausdrückte: als national-kommunistisch diffamiert wurden. Dies widerfuhr den Regierungen Iliescu und Meciar bis 1997/98, den serbischen Regierungen unter Milosevic bis 2000 und den auf eine eigene Bourgeoisie anstelle einer EU-europäischen Verwaltung bauenden slowenischen Administrationen.

Der Übergang von der (staatssozialistischen) Plan- zur (kapitalistischen) Marktwirtschaft verlief dann planmäßig. Und es ist bestimmt kein Zufall, dass die Wende gerade in jenen Staaten frühzeitig spürbar geworden ist, die über Kreditvereinbarungen an die westlichen Bankenzentren gebunden waren und mit den Schuldenzahlungen zu kämpfen hatten: in Polen und in Ungarn. Federführend dabei waren Weltbank und Währungsfonds (IWF). Ihre Therapien, die unter anderen vom Harvard-Ökonomen Jeffrey Sachs oder vom stellvertretenden US-Außenminister Strobe Talbott[13] in Jugoslawien, Polen und anderen osteuropäischen Staaten angewandt wurden, wirkten wie Wegweiser in die ökonomische Peripherisierung des Ostens. Bestimmend war ein policy-mix[14] aus einer restriktiven Geld- und Budgetpolitik im Rahmen einer makroökonomischen Stabilisierung, eine Liberalisierung – schreib: Verteuerung – der Preise sowie die Herstellung einer Währungskonvertibilität. Konkret wirkte sich dies in Sparmaßnahmen bei Subventionen für den Sozial- und Kulturbereich, Kürzungen im Militäretat, einer Erhöhung der Grundnahrungs–, Energie- und Wohnungspreise, einer hohen, meist alle Sparguthaben enteignenden Inflation sowie Währungsabwertungen aus.

Erklärte Ziele der Transformation vom zwangsmodernisierenden staatsgelenkten hin zum peripher-kapitalistischen Modell waren vor allem das Aushungern des staatlichen Sektors und die Privatisierung seiner

lukrativsten Teile, die Umorientierung des Handels von einer Ost-Ost bzw. Ost-Süd-Perspektive auf eine Ost-West-Schiene sowie die Mobilisierung der Arbeitskräfte zwecks Schaffung eines Arbeitsmarktes. Auch darin bestand Übereinstimmung zwischen den Eliten im Osten, die aus dem privatisierten Besitzstand heraus oft clanartig-mafiöse Strukturen herstellten, zusammen mit ihren reformorientierten Kollegen auf seiten der Politik und den kapitalstarken Finanzinstitutionen des Weltmarktes, Weltbank und Währungsfonds.

Verschuldung Osteuropas – Kapitalfluß nach Westen

Osteuropas Reformjahrzehnt, das auch in der westeuropäischen Politik seine Spuren bereits hinterlassen hat, entpuppt sich unter dem Bilanzstrich von Soll und Haben als große Umverteilungsmaschine. Lohnabhängige und RentnerInnen wurden enteignet, große ausländische Konzerne gingen als Gewinner der Transformation hervor. Die Schrumpfung von Sparguthaben via Hyperinflation sowie die Streichung von Arbeitsplätzen mittels Privatisierung und Schließung von Betrieben zählten zu den effektivsten Formen des sozialen Raubes. Auf der anderen Seite folgten die neuen politischen Eliten ihren Kreditgebern aus dem Westen meist aufs Wort.

Nach etwas mehr als einem Jahrzehnt Transformation stehen die acht osteuropäischen Beitrittsländer mit insgesamt 233 Mrd. Euro15 bei westeuropäischen und nordamerikanischen Gläubigerbanken in der Kreide. Die drei nächsten Beitrittskandidaten Bulgarien, Rumänien und Kroatien weisen dazu weitere 55 Mrd. Euro Auslandsschuld auf.[16] Das pro Kopf am höchsten verschuldete Land Europas ist Ungarn mit einer 53 Mrd. Euro Auslandsschuld bei einer Bevölkerung von 11 Millionen. Rumänien hat seine Verschuldung aus den 1980er Jahren, die während der Herrschaft von Nicolae Ceausescu abgebaut worden war, nach wenigen Wendejahren wieder erreicht und im Jahr 2004 fast verdoppelt: 18 Mrd. Euro. Wie aussichtslos ein Entrinnen aus dieser Schuldenfalle innerhalb der kapitalistischen Logik ist, zeigt ein Blick auf folgende Fakten: In allen osteuropäischen Ländern übersteigen die Auslandsschulden die nationalen Währungs- und Goldreserven. Ungarn findet weniger als ein Viertel seiner Kapitalschuld gegenüber ausländischen Banken in den Panzerschränken der Nationalbank vor, bei Polen ist es ein Drittel, einzig Tschechien könnte mit seinem Besitzstand den Schuldenstand fast tilgen.[17]

Um den stetigen Kapitalfluß von Osten nach Westen zu gewährleisten, der den privaten Investoren freien Gewinntransfer garantiert und den Banken die Zinszahlungen, wurde im Dezember 2002 in Kopenhagen jener „Acquis communautaire" feierlich unterzeichnet, der die Übernahme sämtlicher Gesetze und Regeln aus dem Kern-EU-Europa durch die neuen Mitgliedsländer besiegelt hat. In nächster Zukunft geht es darum, dieses permanente ökonomische Ausgreifen militärisch abzusichern. Dazu wurde

bereits im Amsterdamer Vertrag von 1997 die Interventionsbereitschaft der EU grundgelegt und später mit den sogenannten „Petersberger Aufgaben" konkretisiert. In einem Aktionsradius von 4000 Kilometer rund um das ständig größer werdende EU-Europa sollen demnächst Kampfeinsätze einer 60.000 Mann starken EU-Truppe möglich sein.[18] Damit wird indirekt von Brüssel auch der Interventionspolitik vor der Sozialpolitik Vorrang eingeräumt, sind doch soziale und nationale/regionale Krisen im erweiterten EU-Europa vorhersehbar.

Anmerkungen

1 Brockhaus Enzyklopädie. Ergänzungsband A-Z. Mannheim 1996, S. 203.
2 Vgl. Europäischer Rat (Kopenhagen) 12. und 13. Dezember 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, S. 12; zit in: www.auswaertigesamt.de/www.de/eu_politik/aktuelles/e_raete/kopenhagen_html
3 Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche/WIIW (Hg.): Countries in Transition 2004. Wien, 2004, S. 32f.
4 Jörg Huffschmid: Sackgasse EU-Verfassung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2004, S. 777.
5 Vgl. Frank Deppe: Die Osterweiterung. In: Karrass, Anne u.a.: Europa: Lieber sozial als neoliberal. Hamburg 2004, S. 48.
6 Vgl. Gisela Neunhöffer/ Anne Schüttpelz: ‚Offene' und ‚geschlossene' Transformation. In: Prokla 128, Peripherer Kapitalismus in Europa. 2002, S. 389.
7 Vgl. Margarete Grandner/ Andrea Komlosy: Das 18. Jahrhundert – eine globalhistorische Epoche? In: Dies. (Hg.), Vom Weltgeist beseelt. Globalgeschichte 1700 – 1815. Wien 2004, S. 7f.
8 Peter Havlik u.a.: Accelerating GDP Growth, Improved Prospects for European Integration. (WIIW Research Report 314) Wien 2005, S. 35, 37.
9 Vgl. Einkommensbericht des Österreichischen Rechnungshofes, Wien, am 23.2.2005.
10 Siehe hierzu auch: Elmar Altvater/ Birgit Mahnkopf: Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik. Münster 2002.
11 Es wurde das Genossenschaftsgesetz erlassen, in dem festgeschrieben wurde, daß der Staat die Kontrolle über den Außenhandel an einzelne Betriebe abgibt. Siehe: Gesetz der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über das Genossenschaftswesen. Moskau, Kreml, 26. Mai 1988.
12 Vgl. Hannes Hofbauer: Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration. Wien 2003.
13 In Russland war der stellvertretende US-Außenminister und Clinton-Berater, Strobe Talbott, als IWF-Agent tätig. Vgl. dazu: Josef Goldhammer/ Eduard Friedweg, Der betrogene Osten. Bernau bei Berlin o.J., S. 44.
14 Arno Tausch: Schwierige Heimkehr. Sozialpolitik, Migration, Transformation und die Osterweiterung der EU. München 1997, S. 35.
15 Peter Havlik u.a.: Accelerating GDP Growth, Improved Prospects for European Integration (WIIW Research Report 314). Wien März 2005.
16 Ebenda.
17 Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg.): Countries in Transition. Wien 2004, S. 458f.
18 Siehe Gerald Oberansmayr: Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union. Wien 2004.